

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

## Aus dem Inhalt:

Die Glasindustrie vor neuen Lohnkämpfen

„Economist“ über unsere letzte Regierungskrise

Statistisches über unsere Kurorte

Weitere Steigerung der Produktion

17. Jahrgang

Mittwoch, 25. August 1937

Nr. 199

## Gegen den Geist des 18. Feber!

Ein nationaler Uebergriff im Bereiche des Schulministeriums

Wie der Karlsbader „Volkswille“ meldet, wurde in dem Orte Schönfeld bei Pejšchau soeben eine tschechische Schule errichtet, ohne daß es in diesem Orte tschechische Kinder gibt. Den Grundstock für diese Schule bilden drei Kinder aus einer gemischten Ehe. Der Vater ist tschechischer Abstammung, beherrscht jedoch die tschechische Sprache fast überhaupt nicht. Die Mutter ist eine Deutsche. Eines der Kinder hat drei Jahre lang die deutsche Schule besucht, das zweite Kind kommt aus gesundheitlichen Gründen verspätet zum Schulantritt, das dritte ist eben erst in das schulpflichtige Alter eingetreten. Die anderen 28 Kinder, die man noch eingeschrieben hat, entstammen ausnahmslos rein deutschen Familien.

Der „Volkswille“ bemerkt mit Recht, daß das Schulministerium hätte nicht damit rechnen sollen, daß es in Schönfeld viel arme Leute gibt, die der Versuchung, ihre Kinder in die tschechische Schule zu schicken, erliegen würden. Außerdem macht das Blatt darauf aufmerksam, daß es in Schönfeld eine hochorganisierte, nämlich eine fünfklassige deutsche Volksschule gibt und die Schönfelder Kinder auch die Möglichkeit haben, die deutsche Bürgerschule im nahen Schlaggenwald zu besuchen. Wenn man nun arme deutsche Eltern dazu veranlaßt, ihre Kinder in die niedriger organisierte tschechische Minderheitenschule zu schicken, so schädigt man auch die Kinder.

Der „Volkswille“ schließt seine Betrachtungen mit der folgenden Feststellung:

„Das Ministerium sollte aber schließlich auch nicht vergessen, was es dem Geiste des 18. Feber schuldig ist, der ganz ungewisselhaft mit dieser Schönfelder Schulgründung schwer verletzt wird. Es ist ihm nicht unbekannt, daß auch heute wieder viele deutsche Schulen um die Erhaltung von Klassen kämpfen, die durch eine Verminderung der Schülerzahl bedroht erscheinen, — da immer noch für die Weitererhaltung einer Schulklasse 45 eingeschriebene Kinder verlangt werden, sofern es sich um eine definitive Klasse handelt, oder 61 Kinder, wenn eine provisorische Klasse in Frage kommt, — und es müßte sich darüber klar sein, welche Auswirkungen es auf das Volksdenken haben müßte, wenn gleichzeitig in einem Orte, in dem es nur deutsche Kinder gibt, in dem nicht ein einziges tschechisches Kind wohnt, eine tschechische Minderheitenschule errichtet würde!“

## Piratenflugzeuge gegen britischen Dampfer

London. (Havas.) Die gesamte Presse berichtet auf den ersten Seiten über eine Bombardierung des britischen Dampfers „Romelia“ in der Nähe von Korsika. Die angreifenden Flugzeuge trugen als Zeichen ein weißes Kreuz in einem schwarzen Kreis. In den ersten Nachmittagsstunden war bei der britischen Admiralität noch keine Bekätigung dieses Vorfalls eingelangt. Der Dampfer hatte am Sonntag mit einer Ladung von Eisenerz und Phosphat den Hafen Bougie in Tunis verlassen und befand sich auf dem Wege nach Barcelona. Das Schiff ist vermutlich nicht beschädigt worden.

Die Bombardierung des britischen Schiffes stellt den 11. Zwischenfall im Mittelmeer seit dem 1. August dar. Die britische Admiralität hat sich deshalb veranlaßt gesehen, die ursprünglich für den Dienst im Fernen Osten bestimmte britische Kreuzfahrtschiffe nicht dorthin zu senden, sondern mit dem Libanon zu beschäftigen.

## Aus Sympathie für Portugal

Lissabon. Der Reuterberichterstatter meldet aus Gibraltar: Die ausländischen Behörden in La Línea haben am Dienstag tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die über Gibraltar reisen, das Betreten des von der Franco-Regierung beherrschten spanischen Gebietes verboten. Die Verlautbarung wurde dieses Verbot aus Sympathie für das befreundete Portugal erlassen, welches die diplomatischen Beziehungen zur Tschechoslowakei abgebrochen hat.

## Die Schreckensherrschaft im Baskenland

Bilbao. (Havas.) Das Kriegsgericht hat den ehemaligen Industrieminister der baskischen Regierung Manuel Castro, den Leutnant Cecilio Serrano und José Anglo Frangas, die der Effort der baskischen Regierung angehörend hatten, zum Tode verurteilt.

Bayonne. (Havas.) In Bayonne trafen aus Laredo, einem Hafenstädtchen zwischen den Städten Santona und Castro, fünf Fischerboote mit 150 Personen, größtenteils Frauen und Kinder, ein. Es handelt sich um Flüchtlinge, die sich nach der Einnahme der Stadt Castro Urdiales durch die Franco-Armee zur Flucht nach Frankreich entschlossen haben. Auf der Route von Bayonne befinden sich noch weitere Schiffe in See, die Flüchtlinge aus verschiedenen Häfen der cantabrischen Küste befördern.

## Castro Urdiales besetzt

Bilbao. Das Reuterbureau meldet, daß die Aufständischen Castro Urdiales, die bedeutendste Stadt zwischen Bilbao und Santander, besetzt haben.

## Spanien gegen die Piratenherrschaft im Mittelmeer

Appell an den Völkerbund

Paris. Die „Information“ führt aus, daß die Valencia-Regierung in der Herbsttagung der Völkerbundversammlung in Italien beschuldigt wird, daß dessen Kriegsschiffe spanische Handelsschiffe im Mittelmeer überfallen haben. Die spanische Regierung wird es weigern, daß die vier kürzlich im Mittelmeer versenkten Handelsschiffe italienischen Kriegsschiffen zum Opfer gefallen sind. Diese Beweise sind in einer Denkschrift enthalten, die bereits dem Generalsekretär des Völkerbundes überreicht worden ist. Die Valencia-Regierung fordert, daß die Frage des italienischen Angriffs auf das Programm des am 10. September zusammentretenden Völkerbundes gelange.

Das Blatt fügt hinzu: Es ist wenig wahrscheinlich, daß diese Frage in der erwähnten Sitzung behandelt werden wird. Italien wird wahrscheinlich in der Ratifikation nicht vertreten sein, da die Abstimmungsfrage immer noch nicht zugunsten Italiens entschieden ist. Außerdem wird es Italien ablehnen, in der Ratifikation unter dem Vorbehalt der spanischen Delegationen zu erscheinen, und zwar auch dann, wenn sich der Regus in Genf nicht vertreten läßt.

Die Note gliedert in den Punkten:

1. Am 11. August ist das spanische Handelsschiff „Campeador“, das Bengin beförderte, von zwei italienischen Kriegsschiffen versenkt worden. (Die spanische Note schildert die Gefahr, die durch die Entzündung großer Mengen Benzin entstand, die auch den granenvollen Tod eines

## Die Lage in Frankreich

Von unserem Pariser B. V.-Korrespondenten

### Keine faschistische Gefahr

Frankreich befindet sich in diesen Tagen in einem Zustand der Ruhe. Zu einem solchen Zeitpunkt lassen sich die Fronten besser überschauen. Wir suchen den politischen Horizont ab, um Klarheit über die kommende Entwicklung zu erlangen. Eine Vielfalt von Erscheinungen tritt uns dabei entgegen, wie sie sich in einem Lande entwickeln müssen, wo das demokratisch-parlamentarische Prinzip bis zur höchsten Vollendung ausgebildet wurde. Die Freiheit war nicht imstande, das Entstehen einer faschistischen Gefahr zu ermöglichen. Erst verhältnismäßig kurze Zeit regiert die Volksfront in Frankreich und schon hat sie faschistische Gruppen erziehen und wieder zusammenbrechen gesehen. Jeden Augenblick erheben ein neues Wochenblatt, ein Titel aufreizender als der andere, Pamphlete, die an Gemeinheit und Geschmacklosigkeit miteinander wetteifern konnten und sie sind alle wieder verschwunden. Die Gerichtsvollzieher suchen vergebens nach den Vantrotteuren und die Herren der Trübsis verbuchen zahllose Fehlinvestitionen. Die Rechte, welche vorübergehend im Kampfe gegen die Volksfront einig war, zerfleischt sich gegenseitig, bekämpft sich

nicht allein mit Zeitungsartikeln und Flugblättern, sondern scheidet auch vor täglichen Angriffen nicht zurück. Der kleine Mann, der gewissen Demagogie mit andächtiger Begeisterung gelauscht hatte, der aus ehelichem Nationalismus und aus Widerwillen gegen gewisse Geschäftsregierungen vergangener Zeit irgendwelchen „Erneuerungsbewegungen“ Gefolgschaft leistete, ist um eine Illusion ärmer geworden, er sieht, daß ihm keine Abgötter an die Diktatoren des Auslandes vertieren und daß auch diesseits der Grenzen als Einzelt für Geheimfondsubventionen nur ein Scheinkampf geführt wurde. Darum ist unser Nachbar kleinlaut geworden und stedt das Abzeichen der F. S. P., der de la Rocque-Partei, das er vor kurzen noch mit Stolz trug, in die Tasche. In zehn verschiedenen sogenannten nationalen Pariser Tageszeitungen schlägt sich die Reaktion herum und kann sicher sein, daß ihre Anhänger bei diesem Austausch von Liebesswürdigkeiten in jene Apathie zurückfallen, in der sie sich fast stets befunden haben.

### Die Definierung der „Pause“

Dieses Zerwürfnis in der Opposition läßt gewisse Gegenätze im Lager der Volksfront in einem gewissen milderen Lichte erscheinen als dann, wenn sich zwei eigene erstarre Fronten bekämpfen. Gegenwärtig ist es so, daß sich gegenüber der Volksfrontarmee, um im Wilde des militärischen zu bleiben, rivalisierende Komitabschanden befinden. Vielleicht übertrieben wir schon, wenn wir von gewissen Gegenätzen in der Volksfront sprechen, denn sie bestehen eigentlich nicht in der Volksfront selbst, sondern bloß an ihrem Rande. Die Kreise, welche heute Schwierigkeiten bereiten und welche diese noch zu vervielfältigen geben, sind nie mit vollem Herzen bei ihm gestanden. Zwischen ihnen, die den rechten Flügel der radikalsozialistischen Partei ausmachen auf der einen, den Kräfte der Volksfront, Radikalen, Sozialisten und Kommunisten auf der anderen Seite ist eine Streitfrage aufgeworfen rund um die Definierung der „Pause“.

Kein anderer als der erste Ministerpräsident der Volksfrontregierung hat die „Pause“ verkündet als eine Uebergangsperiode, in der die ersten großen Erfolge des Linkslinien in allen Einzelheiten ausgestaltet und in das Leben der Nation eingebaut werden sollen. Diese Art von Pause wurde als revolutionär aufgefacht in dem gleichen Sinne wie man das Erneuerungswort selbst als revolutionär erachten konnte. Die „gemäßigten“ Elemente bei den Radikalsozialisten stützten sich auf das neue Schlagwort, sie sprachen von der „Pause“ mehr als von allem anderen und es zeigte sich dabei ein Mißverständnis. Man vertrat nämlich die Auffassung, die große Reformarbeit für immer abgeschlossen sein sollte, und daß damit jenes Leben in Ruhe einzutreten möge, in welcher Frankreich bis zum Mai 1938 geschlummert hatte. Eine derartige Sinnesart ließ sich mit der Regierungserklärung des Ministertags Chautemps kaum in Einklang bringen, denn diese erwähnte das Wort Pause zwar, aber sie sprach gleichfalls davon, daß die neue Regierung nicht zögern würde, selbst die kühnsten Reformen in Erwägung zu ziehen. Aber dann häuften sich Reden und Zeitungsartikel, welche der revolutionären, die konservativen, die ewige Pause entgegenzusetzen wollten und ein „System der Pause“ erfanden. Nicht länger wollten wir in diesem Zusammenhang verhehlen, daß ein Pausenpolitiker der Finanzminister Georges Bonnet ist. Bonnet hat seine Zugehörigkeit zur Regierung Chautemps vorwiegend dem Umstände zu verdanken, daß er an den innerpolitischen Kämpfen, die dem Umlauf demission vorausgingen, nicht teilgenommen hatte. Bonnet war sechs Monate hindurch als Vorkämpfer in den Vereinigten Staaten, schon rein physisch die Möglichkeit genommen, Schulter an Schulter mit seinen Freunden vom rechten Flügel der radikalsozialistischen Kammerfraktion zusammen mit allen ehemaligen Finanz- und Budgetministern gegen die erste Volksfrontregierung Sturm zu laufen. Daß er es getan hätte, war angesichts seiner übrigen Einstellung nicht zu bezweifeln. Dank seiner Abwesenheit von Paris war vieles vergessen und der Beschluß der sozialistischen Partei, daß niemand in die neue Regierung einzutreten sollte, der am Sturze der alten mitge-

## 61 Todesopfer der polnischen Unruhen

(DPA) Wie der „Beker“ aus Warschau zu melden weiß, haben die Zusammenstöße zwischen Bauern und Gendarmerie anlässlich der polnischen Bauernkundgebungen bisher 61 Todesopfer gefordert. Im Bezirke Jaroslau wurden 17 Bauern getötet, im Bezirke Bohnia 2, Brzozow 2 Bauern und 5 Polizisten, im Bezirke Limanowa 3 Bauern und im Bezirke Rancuz 7 Bauern. Beim Begräbnisse der Opfer von Bohnia waren tausende Menschen zugegen und die Arbeiter traten in einen Symptombestreit. In Kleinpolen kam es ebenfalls zu blutigen Zusammenstößen, bei denen in zwei Dörfern — Glasow und Rejow — 25 Personen getötet und 20 verhaftet wurden.

Warschau. Die Verhaftungen unter der oppositionellen Bauernschaft wegen der Organisierung des Bauernstreiks nahmen in den letzten Tagen einen raschen Aufschwung an.

## Der Bauernaufbruch breitet sich aus

Massenverhaftungen in ganz Polen

In Brzozow wurde die gesamte Leitung der dortigen Bezirksorganisation der Vereinigten Volkspartei sowie 80 Mitglieder dieser Partei verhaftet. Auch in Jaroslau wurden die Parteiobermänner und die Mitglieder des Parteipräsidiums verhaftet. Ferner wurden die Obmänner der Vereinigten Volkspartei in Brzozow, Larnobrzeg, Mofiska und zahlreichen anderen Ortschaften auf dem Gebiete der Wojwodschaften Stanislau und Lemberg verhaftet. Wegen aller Verhafteten wurde die strafgerichtliche Untersuchung wegen Organisierung des Bauernstreiks eingeleitet. Im Bezirke Maszow wurde der Sekretär des letzten Kongresses der Vereinigten Volkspartei Tepper verhaftet. Zahlreiche Verhaftungen unter den Mitgliedern der Vereinigten Volkspartei wurden ferner im westlichen Kleinpolen und in Ostgalizien sowie auch schließlich in Warschau selbst vorgenommen.

Wirk hatte, wurde durch Bonnets Berufung auf einigermassen korrekte Weise umgangen. Bonnets Name wird allmählich zu einem Aushängeschild für die liberalistischen Kräfte, die keinen Zoll breit mehr an das werdende soziale Frankreich abtreten wollen und die namentlich eine Erweiterung des Volksfrontprogrammes, wie es von den Sozialisten verlangt wird, nicht einmal diskutieren möchten. Die sozialistische Partei wird sich damit nicht abfinden können, daß unter ihrer Regierungsbeteiligung eine Politik des Stillstandes betrieben wird. Unter diesen Umständen gehört nicht viel Phantasie dazu für den Herbst das Aufleben eines politischen Kampfes zu prognostizieren, indem es sich darum handeln wird, alle Versuche, die Volksfront in ihrer Mission zu beschneiden, zu vereiteln, es wird sich darum handeln, in aller Form zu erklären, daß die Pause ein Ende gefunden hat und daß eine neue Epoche fruchtbarer gesellschaftlicher Umgestaltung beginnt. Daß die betreffenden Projekte hier schon vorbereitet sind, daß die Sozialisten mit wissenschaftlicher Genauigkeit ausgearbeitete Pläne besitzen, wie die Versicherungen nationalisiert, wie die Eisenbahnen aufhöhen sollen ein anarcho-sozialistisches Durcheinander und eine Quelle privaten Profits zu sein, dies bedarf keiner Erwähnung. Schon die ersten Verhandlungen über die Neugestaltung der Eisenbahnverwaltung sind Vorbereitungen der kommenden Schwierigkeiten. Das von dem Minister für öffentliche Arbeiten, dem Senator Queuille, dem anderen konserativen Radikalen in der Chautemps-Regierung, vorbereitete Projekt will in dem neuen Zentralrat der Eisenbahnen den Diktatoren des Schienenstranges das Liebergewicht über die Staatsvertreter geben. Die Offenheit auf ökonomischem Gebiet ist nur eine Seite des Problems, es kommt den Sozialisten auch darauf an, den Senat zu demokratisieren, wozu eine Reform der Verfassung nicht notwendig ist, denn eine Umgestaltung des Wahlmodus würde bereits die ärgsten Mißstände beseitigen.

**Das Verhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten**

Bei diesem Vorstoß, welchen die sozialistische Partei gemäß den Beschlüssen des Pariser Kongresses unternehmen muß und zweifelsohne auch unternehmen wird, rechnet sie mit der Unterstützung des linken Flügels der Radikalsozialisten, der Kommunisten und aller großen, der Volksfront angeschlossenen Organisationen, wie der Gewerkschaften, der Liga für Menschenrechte usw. In der Liquidierung der Pause liegt das Hauptproblem. Sozialisten wie Kommunisten müssen alles daran setzen, um jene Hochstimung der Massenbegeisterung aufrechtzuerhalten, ohne die kein großes Werk gesehen kann. Der Burgfrieden, der zwischen den beiden Parteien abgeschlossen wurde, hat bisher im großen ganzen gut funktioniert. Rednerische Angriffe und Pressepolemiken sind außerordentlich selten, sie werden jedoch entstehen müssen, wenn die Vorschläge zur Fusionierung der beiden Parteien ernsthaft diskutiert werden sollen, dann müssen Gegenseite aufgezeigt werden, die trotz der taktischen Schwankung der Komintern in den Methoden der beiden Parteien bestehen. Die mangelnde Klarheit und auch die mangelnde Offenheit der Gegenseite wird dann in heller Beleuchtung erscheinen, die Unterschiede müssen zutage treten, die zwischen einer in der Tradition stehenden, demokratisch aufgebauten Volksbewegung und einer politischen Gruppierung existiert, die mehr oder weniger selbstherrlich geleitet, mehr oder weniger unfontrollierbaren Einflüssen unterworfen ist. Gewisse

andere Fragen tauchen auf, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden kann: Was soll mit den beiden Internationalen geschehen? Und würde die Einheitspartei des Proletariats nicht von vornherein eine kommunistische Mehrheit besitzen, da die Kommunisten trotz ihres weit geringeren Einflusses auf das Land über eine zahlenmäßig stärkere Organisation verfügen. Sozialisten und Kommunisten sollen ihre politische Organisation weitgehend koordinieren, damit werden die Interessen der arbeitenden Massen Frankreichs gefördert, aber wenn sie den Zusammenschluß diskutieren, dann offenbaren sie die Divergenzen, die ungeachtet der gemeinsamen Zielsetzung des Augenblicks bestehen und der Sache der Volksfront wird eher geschadet als genützt. Man kann in diesem Zusammenhang nicht die Gewerkschaften übergehen, die das Experiment der Fusion bereits vollführt haben, wiewohl sich eine Vereinigung politischer Organisationen hiermit nicht vergleichen läßt. Ein Kampf zwischen zwei Gruppen besteht in der GZ zweifelsohne, aber es ist auch richtig, daß er im Inland wie im Ausland verzerzt und dramatisiert dargestellt wurde. Das Entstehen eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes wird von allen Seiten der Arbeiterbewegung Frankreichs trotz allem als ein großer Fortschritt erachtet. Zwei gesonderte Organisationen hätten auch im Falle einer Arbeitsgemeinschaft

bei weitem nicht den Einfluß auf die Gestaltung der Sozialpolitik, bei weitem nicht jene abschreckende Wirkung auf das reaktionäre Unternehmertum, aber auch nicht jene Anziehungskraft auf die Massen erlangt, wie sie heute die GZ besitzt. Daß die Kommunisten den Plan hegen, die Gewerkschaften völlig in die Hand zu bekommen, entspricht ganz den Grundlinien ihrer Politik, aber sie werden diesen Plan nicht zur Ausführung bringen können, denn die Wertigkeiten ohne Unterschied des politischen Sonderbekenntnisses sind nicht dazu bereit, einer Schwächung ihrer wichtigsten Kampfwaffe beizupflichten. Diese würde eintreten, wenn die alte Garde völlig durch kommunistische Funktionäre ersetzt würde. Immerhin tut die sozialistische Partei gut daran, die Vorgänge in den Gewerkschaften und in den anderen Massenorganisationen, die, wie die Turnverbände, die Anhänger beider Parteien offenziehen, wachsam im Auge zu behalten.

Die Schlüssel zur Entscheidung liegen in Frankreich wieder bei den Sozialisten. Ein Jahr führende Regierungsabnahme hat die Partei in keiner Weise um ihre beherrschende Stellung in der Politik des Landes gebracht. Sie ist darum entschlossen, ihre Position auszubauen, denn der Hunger des Volkes nach Neuem ist nicht gestillt und das demokratische Europa verlangt von ihr, daß ein großes Beispiel nicht verblasse.

**Ein System der kollektiven Sicherheit würde Verständigung Prag—Berlin ermöglichen**

Die „Pr. Presse“ hebt die Artikelserie von H über „Deutschland und die Tschechoslowakei“ fort. Der Autor sagt das Ergebnis der Untersuchung, „Das Deutschland der Tschechoslowakei vorwirft“ resümierend zusammen. Wir heben aus diesem Resumé folgendes heraus:

Die Tschechoslowakei will und wird nicht Werkzeug der Politik irgendeiner Großmacht sein, weder Deutschlands, noch Russlands, noch der westeuropäischen Großmächte, Englands, Frankreichs und Italiens. Infolge ihrer geographischen Lage ist sie aber ein wichtiger Bestandteil des europäischen machtpolitischen Gleichgewichtes. Alle europäischen Großmächte sollten sich dessen bewußt werden und die Tatsache begreifen, daß gerade eine vernünftige Sicherung der Unabhängigkeit der Tschechoslowakei eine Voraussetzung dafür ist, daß sie nicht einfach infolge einer internationalen Konstellation zum Vasallen oder Werkzeug der Politik irgendeiner Macht wird. Wenn die Großmächte — alle, ohne Ausnahme — ihr Interesse und das Interesse des europäischen Friedens richtig erwägen, so müssen sie zu dem Schluß gelangen, daß irgendein System der kollektiven Sicherheit der Tschechoslowakei und damit des machtpolitischen Gleichgewichtes in Europa unerlässlich ist. Nach unserer Meinung geht es hier überhaupt nicht um die Grenzen der Tschechoslowakei — es geht um gemeinsame europäische Dinge. Uebrigens würde sich ein solches System notwendigerweise nicht nur auf die Tschechoslowakei beschränken. Wir wollen für die Tschechoslowakei nichts besonderes reklamieren. Unmittelbar oder mittelbar würde diese Politik der kollektiven Sicherheit auch andere zentraleuropäische Staaten sichern.

Solange es ein solches ausdrücklich vereinbartes und verwirklichtes System nicht gibt, hat sich die bisherige europäische und natürlich auch die

tschechoslowakische Politik mit Hilfe des Völkerbundes durch ihre Bündnisse und gegenseitigen Hilfsverträge, den Pakt der Kleinen Entente, die Entwürfe für den Westpakt, den Ostpakt, usw. gestaltet. Die tschechoslowakische Außenpolitik glaubt immer noch, daß es zur Verständigung über eine solche kollektive Sicherheit kommt, ebenso wie es zum ersten Mal gekommen ist, und arbeitet darauf hin. Sie kennt in dieser Sache die Einmüde Deutschlands (im Hinblick auf die Zulassung auch kleinerer Staaten zu den direkten Verhandlungen der Großmächte) und ist überzeugt, daß sich diese Schwierigkeit ebenso leicht beheben lassen würde, wie sie bei den Verhandlungen über das erste Locarno überstanden worden ist. Diese tschechoslowakische Politik ist somit auch kein Hindernis für irgendwelche direkte Verständigung zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland oder zwischen der Tschechoslowakei und Polen usw.

Die Schaffung eines solchen Systems würde namentlich das zentraleuropäische Problem erleichtern; in jedem Fall würde es eine Reihe seiner Schwierigkeiten und Gefahren sowohl für Deutschland als auch die übrigen Großmächte beseitigen, namentlich würde es auch von vornherein jedes „Ausfliehen“ Deutschlands von seinen berechtigten zentraleuropäischen Interessen verhindern.

Die Verwirklichung dieser Politik würde auch bedeuten, daß in Zentraleuropa keine antirussischen, antisowjetischen Fronten gebildet werden und daß auch die Politik der Sowjet-Union gegenüber Europa überhaupt und Zentraleuropa im besonderen keine Bildung irgendwelcher antisowjetischer Fronten im Sinne hätte, so daß in dem freundschaftlichen Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjet-Union nichts erblickt werden

könnte, was von immer in gleichem viel welchem Sinne bedrohbar könnte.

Ansonsten sehen wir zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei wirklich keine ernsthafte Frage, die unmittelbar die guten nachbarnlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern ernstlich und dauernd bedrohen könnte. Die Nachbarschaft, die engen wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen ihnen, die jahrhundertelangen kulturellen Beziehungen, die vorhanden sind und vorhanden sein werden, auch wenn man sie bewußt verhindern wollte, das Bewußtsein, daß enge Beziehungen zwischen den beiden Staaten Europas ganz bestimmt in eine allgemeine Katastrophe stürzen würde — das alles führt dazu, daß von beiden Seiten Wege zu einer vernünftigen Verständigung und Zusammenarbeit gesucht werden, daß sie eifrig, aufrichtig und mit gutem Willen gesucht werden. In der Tschechoslowakei sind die entscheidenden Faktoren überzeugt, daß diese Wege gefunden werden.

**Der Präsident bei den Manövern**

Am Dienstag früh trat der Präsident in Begleitung des Ministers Machit von Dumizil aus der Fahrt ins Mandövergelände an. Auf dem Beobachtungsstand oberhalb von Kornitz gab der Leiter der Schlußübungen Divisiongeneral L u z a dem Präsidenten und dem Verteidigungsminister Erläuterungen zu dem Manöverplan. Mit den übrigen Mandövergästen, unter denen sich die Minister Wachne, Grämel und Rajicek befanden, verfolgte der Präsident die Entwicklung und den Verlauf der Kampffaktionen sowie die Tätigkeit einiger Waffen, so a. B. der Fliegerabwehr mit schweren Maschinengewehren, der Panzabwehr und die Tätigkeit der Vernebelungsabteilungen. Hierauf fuhr er in Begleitung des Generalinspektors Shroob in das Mandövergelände, wo er den Verlauf der Operationen im Gebiet zwischen Gwitzsch, Mährisch-Trübau und Langenlütich verfolgte und auch den Standort des Kommandanten der blauen Partei aufsuchte.

Referentenentwurf des neuen Wassergesetzes fertiggestellt. Das Landwirtschaftsministerium hat den interessierten Körperschaften den Referentenentwurf eines Wasserrechtsgesetzes zur Begutachtung übergeben. Der Entwurf unterscheidet zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Gewässern, wie die bisherigen Gesetze, zwischen öffentlichen und Privatgewässern. Darüber, ob es sich um ein öffentliches oder nichtöffentliches Gewässer handelt, sollen die Verwaltungsbehörden mit Ausschluß des Rechtsweges entscheiden, dagegen soll die Frage, wem das Eigentum an einem Gewässer zusteht, auf den Rechtsweg gehören. Nach dem Gesetzentwurf ist der Eigentümer einer Liegenschaft zur Erschließung und Bewässerung des Grundwassers berechtigt, wenn dadurch nicht öffentliche Interessen bedroht werden und wenn es in der üblichen Weise (durch Brunnenn) in der für den Haushalt und die eigene Wirtschaft erforderlichen Menge geschieht. Zu jeder anderen Erschließung und Bewässerung des Grundwassers muß sich der Grundeigentümer die wasserrechtliche Bewilligung verschaffen. Wenn eine Gemeinde oder ein Teil von ihr dauernd oder häufig wiederkehrend Mangel an Trink- und Ruhwasser leidet, so hat sie, bzw. die Wassergemeinschaft gegen Entschädigung Anspruch auf Enteignung fremder, nicht öffentlicher Gewässer.

4  
PAUL HARRISON:  
**Garantiert echt!**  
EINE GESCHICHTE  
VON BILDERN UND ANTIQUITÄTEN  
Copyright by Saturn Verlag 1936

„Bierzigtausend war viel“, bestätigte Laruse.  
„Jedenfalls genug“, sagte der Kleine Dide und stieß mit dem Stod auf den Boden. „ich gehe jetzt etwas trinken.“  
„Wenn ich Sie nicht töde, mein Herr“, sagte Laruse höflich, „schließe ich mich Ihnen an.“  
„Gerne“, erwiderte der andere.  
„Gestatten Sie?“, sagte Laruse, zog seine Brieftasche hervor, entnahm ihr eine Visitenkarte und überreichte sie seinem Begleiter. Er hatte gewisse Gründe, diese ein wenig umständliche und heute überholte Form der Bekanntmachung zu wählen. Der Kleine dide Mann nahm, wie es schien, die konervative Geste mit Vergnügen auf. Auch er förderte aus seiner Brusttasche ein Portefeuille zutage, entnahm ihm gleichfalls eine Visitenkarte und übergab sie Laruse mit nicht geringem Ernst.  
Ein Autor, der es nicht dabei bewenden läßt, Menschen und Vorgänge einfach zu schildern, sondern seinen Ehrgeiz darsinsetzt, in tiefere seelische Bezirke zu dringen, würde nun erörtern, daß hier zwei Männer einander gegenüberstanden, die an dem Zeremoniell des Kartentausches ein gewisses Vergnügen fanden, zwei Männer, die von einem altmodischen Sinn für das Rituelle der gegenseitigen Bekanntmachung erfüllt waren, zwei Männer, die, von der Wichtigkeit der eigenen Persönlichkeit durchdrungen, es sich nicht genügen

ließen, ihre Namen einander entgegenzumurmeln, sondern es liebten, diese Namen durch die Befugung von Stand und Adresse zu höherer Bedeutung zu heben und durch das Gedruckte vor der Dessenlichkeit gleichsam zu legitimieren. Wir aber bescheiden uns, den Inhalt beider Karten wiederzugeben. Monsieur Laruse überreichte eine Karte folgenden Inhalts:  
Jean Francois Laruse  
Privatdetektiv  
Institut für Beobachtungen und Auskünfte  
Diskretion garantiert  
Paris XIIème, Boulevard du Temple 654.  
Auf der anderen Karte stand:  
Valerian Aronas  
Membre de l'Institut  
Paris.  
„Und was“, sagte Valerian Aronas eine halbe Stunde später in dem kleinen Kaffeehaus gegenüber dem Hotel Drouot, „und was, Monsieur Laruse, veranlaßt Sie, gerade mir dieses Anerbieten zu stellen?“  
„Ich bin“, erwiderte Laruse, „um ganz ohne Rücksicht mit Ihnen zu sprechen, mein Herr, in einer gewissen Zwangslage. In der Zwangslage, mir innerhalb einer sehr kurz bemessenen Frist die Mitarbeit eines vertrauenswürdigen und sachverständigen Mannes aus dem Kunstgeschäft zu sichern.“  
„Woraus aber“, sagte Valerian Aronas mit feinem und gewinnendem Lächeln, das Laruses letzte Bedenken zerstreute, „woraus aber schließen Sie, mein Herr, daß ich vertrauenswürdig bin? Denn, daß ich sachverständig bin, das ist immerhin bekannt, und Sie haben vielleicht auch Gelegenheit gehabt, es selbst zu konstatieren. Der kleine Name war mit vierzigtausend genau richtig bezahlt, jeder Sou darüber wäre hinausgeworfen gewesen.“  
„Nun“, erwiderte Laruse mit mindestens ebenso feinem und gewinnendem Lächeln, „ein Mann, der für eine kleine Miniatur vierzigtau-

send Francs zu bezahlen vermag, ist schon dadurch in einem gewissen Sinn vertrauenswürdig. Außerdem glaube ich mich ein wenig auf Physiognomie- und Menschenbeobachtung überhaupt zu verstehen.“  
Valerian Aronas lachte breit und sorglos. „Ja“, sagte er, „ich finde ja auch, daß ich vertrauenswürdig bin. Da ich mich jedoch — vergessen Sie meine Offenheit — auf Physiognomie und Menschen nicht so verleihe wie Sie, muß ich Sie bitten, mir, ehe ich mich weiter äußere, genauer zu sagen, worum es sich handelt.“  
„Um ein großes und ernstes Geschäft“, erwiderte Laruse, „um ein Geschäft in Ihrer Branche.“  
„Ich bin aber gar kein Geschäftsmann“, erwiderte Valerian Aronas, „ich bin, wie Sie aus meiner Karte ersahen haben werden, in meinem eigentlichen Beruf Gelehrter, und zwar Kunsthistoriker.“  
„Das eben ist es“, rief Laruse, „das ist mir das Wichtigste. Die Schwierigkeit für mich besteht ja gerade darin, einen Mann zu finden, der — wie soll ich mich ausdrücken — ein gewöhnlicher Händler, kein Geschäftsmacher ist; der im höchsten Maße sachverständig und dabei doch — es ist schwer, das richtige Wort zu finden — nicht drauf aus ist. . . Niemals konnte ich mit einer der Figuren, die ich dort oben gesehen habe, vor meine Auftraggeberin treten.“  
„Ah, es ist eine Frau?“ sagte Valerian Aronas.  
„Eine Dame. . .“ erwiderte Laruse zurückhaltend, „eine Dame solcher Kreise, daß nur ein Mann von Bildung und Manieren. . . mein Herr, der Zufall spielt eine große Rolle im Leben, ich glaube, in Ihnen den richtigen gefunden zu haben. Darf ich Ihnen nun erzählen?“  
Laruse erzählte. Er hatte ein kleines Detektivbureau im Faubourg St. Antoine, er hatte auch einen Freund, Pierre Regnier, der ein ebensolches, etwas größeres Bureau besaß und außerdem durch gute Verbindungen Soudetektiv des

Hotel Rih, Place Vendôme, geworden war. Regnier war gestern erkrankt; nichts Bedeutensches, eine Grippe. Er hatte seinen alten Kameraden Laruse mit der Vertretung im Hotel beauftragt. Er, Laruse, hatte — man weiß nie, was das Leben von einem will — diese Vertretung mit einem gewissen Höfchen angenommen, denn (er machte kein Hehl daraus) er war mehr die Arbeit in der Vorstadt gewohnt; Beobachtungen in gewissen Eheangelegenheiten, Personaliebstöße, Lebenswahrung von Gesellschaften, die gestohlenen Gut ankaufen und so weiter. Der Hotelier und gar in einem solchen Haus, unter dessen Gärten er an dem einzigen Tag seiner Dienstlosigkeit vielleicht dreißig hohe Persönlichkeiten geküßt hatte, darunter den Prinzen von. . . aber das war distret, und ungehörte Grafen, Marquis und so weiter, ein solcher Dienst ist etwas ganz anderes. Nicht, daß er sich dem nicht gewachsen gefühlt hätte, aber es war immerhin ungemütlich. Er werde jedoch, hatte Regnier gesagt, vernünftig einen sehr ruhigen Tag haben: Donnerstag, wenig Ankünfte, wenig Abreisen. Aber der Teufel (doch diesmal war's ein guter Teufel!) arrangierte es anders. Um elf Uhr läutete es in der Portierloge Sturm. Er, Laruse, eilte dorthin, zwei Minuten später stand er schon mit dem Geschäftsführer und dem Portier in einem Apparatement des ersten Stockwerkes. Eine amerikanische Milliardärin. . . man hatte ihr das Verleihenhand gestohlen. . . hunderttausend Dollars. . . der Geschäftsführer wurde totenschlag, die Amerikanerin tobte und er, Laruse, war vielleicht noch verzweifelter als die beiden. Ja, er war so, es war ein Brovingler geblieben trotz dreißigjährigem Aufenthalt in Paris, er traute sich nicht zu. („Meine Frau pugt mich deswegen immer herum; schließlich, sagt sie, geling dir doch alles, aber du traust dir zu wenig zu. . .“) Es gelang auch diesmal. Der liebe Gott stand ihm bei. In der Verlegenheit begann er die Amerikanerin zu nächst auszufragen.  
(Fortsetzung folgt.)

# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Die Glasindustrie vor neuen Lohnkämpfen

### Vertragsbruch der Turnauer Unternehmer

Es ist noch in Erinnerung, daß im heurigen Frühjahr im Gablonzer Gebiet ein großer Ausstand der Glasarbeiter gewesen ist, der nach längeren Verhandlungen durch eine Vereinbarung beendet wurde. In dieser Vereinbarung, die am 10. Juni in Gablonz unterschrieben wurde, befindet sich ein Punkt 7, in dem festgestellt wird, daß der Rahmenvertrag am Tage des Arbeitsantrittes in Kraft tritt. Ueber die Durchführung und Dauer des Vertrages werden sich die Vertragsparteien verständigen. Dieser Verständigung dienten Verhandlungen am 7. und 20. Juli, wobei wieder ein völliges Einbernehmen erzielt wurde, welches sich auf die Finanzierung der Kontrolle bezog, die durch von den Gewerkschaften zu bestimmende Arbeiter durchgeführt werden sollte.

Nun hat sich folgendes zugetragen: Das Turnauer Gremium der Unternehmer hat die Unterschrift der Legitimationen für diese Kontrolloren verweigert, wie auch die Verhandlung darüber, daß einzelne vereinbarte Punkte nicht eingehalten wurden. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben nun beim Ministerium für soziale Fürsorge darüber Klage geführt und die Einberufung einer Beratung verlangt, auf der alle Streitfragen behandelt werden sollen. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat das Gewerbeinspektorat mit der Einberufung beauftragt, welche am 20. August im Hotel „Merkur“ in Gablonz stattfand. Während aber das Gablonzer Unternehmer-Gremium seine Vertreter entsandte, hielten sich die Delegierten des Turnauer

Gremiums von den Beratungen fern. Die Vertreter des Gablonzer Gremiums erklärten, daß sie an dem abgeschlossenen Kollektivvertrag festhalten, daß sie aber, wenn die Turnauer Unternehmer dies nicht tun sollten, eventuell gezwungen wären, den Vertrag zu kündigen, wodurch das ganze Vertragswerk vom Juni aufgehoben würde. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß es im Gablonzer Gebiet zu einem neuen Streit zwischen Unternehmern und Arbeitern kommt.

## Demonstrationsstreik in Nordböhmen

Die Glasarbeiterverbände führen schon über ein Jahr Verhandlungen über den Abschluß eines Arbeitsvertrages für 17.000 Arbeiter im Bereich der Hohlglasindustrie. Am 1. Juli wurde mit dem Verband der Glasindustriellen in Teplicz ein Vertrag abgeschlossen, der bei den Firmen, die Mitglieder dieses Verbandes sind, auch in Wirksamkeit getreten ist. Es muß nun auch mit den Außenseitern verhandelt werden und das geschieht nun mit zehn Firmen, die über 800 Arbeiter beschäftigen. Mit einigen von ihnen wurde eine Vereinbarung getroffen, bei einigen Schichten von Arbeitern und einigen Firmen ergeben sich jedoch Schwierigkeiten. Es wurde daher am 18. August bei den Firmen, welche dem Vertrag ablehnend gegenüberstehen, ein zweistündiger Demonstrationsstreik abgehalten. Die Arbeiter dieser Firmen sind entschlossen, mit Hilfe der Gewerkschaften zu Kollektivverträgen zu kommen.

## Die schlesische Sozialdemokratie an den Staatspräsidenten

Anlässlich des Besuches des Staatspräsidenten in Schlesien überreichten die Kreisorganisation Troppau der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der sozialdemokratischen Bürgermeister von Jägerndorf dem Staatsoberhaupt Denkschriften, in denen sie auf die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung Schlesiens und Jägerndorfs aufmerksam machen.

In der Denkschrift der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei wird insbesondere auf das Andauern der Arbeitslosigkeit in den Gerichtsbezirken Genuerabf, Hohenpöhl, Oberwaldorf und Würdenthal verwiesen, die durch die Wirtschaftskrise bedingt ist. Auch für die Heimarbeit gibt es keine Beschäftigung, weshalb es unstatthaft ist, Kürzungen bei den Hilfsorganisationen vorzunehmen. Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung wird der Bau der projektierten Talsperren und der Bau des Donau-Oder-Kanals vorgeschlagen, des weiteren Bahn- und Straßenbauten. Auch die Einrichtung von Erwerbsindustrien ist notwendig, ebenso die Förderung des Exports und die Verteilung von Staatsaufträgen an die schlesische Industrie.

Auch die Denkschrift Jägerndorfs geht von den Betriebskillingen aus und verlangt die Erteilung von Staatsaufträgen und den Ausbau der Staatsfachschule für Weberei. Die Pflasterung der Stadtstraßen und der Ausbau der Kanalisation sind dringlich, ebenso die Regulierung der Schwarzen Oppa. Zur Durchführung dieser Arbeiten ist die Unterstützung der Landes- und Staatsbehörden notwendig. Die Stadt Jägerndorf will außerdem noch folgende Projekte verwirklichen, wofür sie finanzielle Unterstützung braucht: den Bau eines staatlichen Finanzgebäudes, einer städtischen Bürgerschule, eines Hallenbades, eine Markthalle, ein Zubau zu einer deutschen Bürgerschule, die Reparatur der alten Schulgebäude.

## Ein verhängnisvoller Schuß

### Auf ein Kaninchen geschossen — den Freund tödlich getroffen

In Wolfersdorf bei W.-Leipa hat sich am Samstag, den 21. d. M., ein schrecklicher Jagdunfall ereignet, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel.

Am dem genannten Tage war der 60jährige Franz Hoffmann mit seinem Freunde Adolf Rumpel auf die Kaninchenjagd gegangen. Im Revier hatten sich die beiden getrennt und gegen Abend, als es bereits zu dunkeln begann, wartete Rumpel am Waldesrand das Eintreffen Hoffmanns ab, um mit ihm gemeinsam heimzugehen.

Auf ein Geräusch im nahen Dickicht hin gab Rumpel einen Schuß in der Richtung ab, aus der er das Geräusch vernommen hatte und von dem er annahm, daß es von einem Wildbeutewaldtier kommen sei. Sein Entsetzen war ungeheuer, als er kurz darauf feststellen mußte, daß er seinem Freund aus einer Entfernung von sechs bis acht Schritten die ganze Schulter abgedrückt hatte.

Das Gesicht Hoffmanns bildete eine einzige Blüte, völlig unkenntliche Masse und der Unglückliche erlag kurz nach seiner Überführung in das Leipziger Krankenhaus seinen furchtbaren Verletzungen. Rumpel, der sich selber der Gendarmerei stellte, wurde in Haft genommen.

## Autowildlinge fahren Eibenberger Kinder nieder

Als am Sonntag die Graslitzer und Eibenberger Arbeiter vom Bezirksarbeiteritag in Pechbich heimkehrten, kam es bei der Einmündung der Pechbicher Straße in die Staatsstraße zu einem schweren Unfall, der durch die Ungebild und Rücksichtslosigkeit zweier Autofahrer verursacht wurde. Beide wollten, aus entgegengekehrter Richtung kommend, unbedingt gleichzeitig an dem Zug vorbeifahren, wobei das Auto des Gastwirts G. S. direkt in die Reihen her an der Spitze des Zuges befindlichen Eibenberger Kinder hineinfuhr. Von den Kindern wurde eine ganze Anzahl niedergebrosen, einige kamen unter den Wagen zu liegen. Vier Kinder mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der keine Autofahrer kümmerte sich nicht um die verletzten Kinder, sondern ließ seinen Wagen im Stich und machte sich aus dem Staube. Nur den Bemühungen der W.-Leute war es zu verdanken, daß sich die Empörung der vielen Menschen nicht gegen die rücksichtslosen Vorfälle entlud. Die Gendarmerei und Bezirksbehörde haben gegen die beiden Autofahrer ein Verfahren eingeleitet.

## Schwere Gefechte südlich Tientsin

Tientsin. Das japanische Hauptquartier meldet, daß die japanischen Truppen nach einem langen Marsch bei heftigem Regen am Dienstag nachmittags in einer Entfernung von 18 Kilometer von Tientsin auf eine chinesische Kolonne stießen, die sich auf dem Marsch nach Norden befand. Es kam zu einem schweren Gefecht, bei dem die Japaner bemüht waren, durch Gegenangriffe den Vormarsch der Chinesen zum Stehen zu bringen.

Die Agentur Domei meldet, die japanischen Truppen hätten nach ungewöhnlich heftigem Kampfe eine Abteilung chinesischer Militärs, die längs der Straße Weibing-Shan auf gegen Norden marschierte, zum Stehen gebracht.

## Verstärkter Druck auf Nankau

Die japanischen Behörden teilen mit, daß die Kwantung-Armee die chinesische Division aus Schensi vertriebe und ihr große Verluste zufügte. Die Kwantung-Armee bemächtigte sich Kalgans an der großen chinesischen Mauer. Japanische Abteilungen verstärkten ihren Druck

## Englands Besorgnisse wachsen

London. Die Landung neuer japanischer Truppen in der internationalen Niederlassung von Shanghai hat die britischen Besorgnisse hinsichtlich des Fernen Ostens beträchtlich verstärkt, wenn auch während des gestrigen neuerlichen Bombardements kein britischer Untertan das Leben verloren hat und White Hall die Nachricht verbreiten läßt, daß an eine Eskalierung der britischen Staatsangehörigen aus der internationalen Niederlassung nicht gedacht werde, so darf dem doch nurmehr taktische Bedeutung beigemessen werden. Leben und Interessen der Engländer sind in Shanghai auf's Höchste bedroht, und der bisher schon angerichtete Schaden in Shanghai selbst wird auf mindestens 10 Mil-

Es geht vorwärts. Der Bezirksorganisation Komotau ist es gelungen, in den letzten vierzehn Tagen neue Lokalorganisationen in Gebieten zu gründen, die bisher ausschließliche Domänen der SBP waren. So wurden Lokalorganisationen in Wielicz, Stryl und Trupschitz gegründet, denen insgesamt 80 Parteimitglieder beigetreten. Da die Werksaktionen in diesen Gemeinden noch nicht abgeschlossen sind, kann man noch mit weiterer Steigerung rechnen.

Ein Fall von Genickstarre in Brüx. Am 13. August erkrankte der 18jährige Bergmannssohn Karl Ziebert unter verdächtigen Symptomen. Der Anabe wurde in das Bezirkskrankenhaus eingeliefert, wo an ihm ein Fall von epidemischer Genickstarre festgestellt wurde. Vom Amtsarzt der Bezirksbehörde und vom Stadtarzt wurden sofort alle sanitären Maßnahmen getroffen, um einer Verbreitung der Krankheit vorzubeugen. Der erkrankte Anabe wurde im Infektionspavillon des Krankenhauses isoliert. Er hatte sich in der letzten Zeit als Teilnehmer einer von der „Caritas“ veranstalteten Ferienaktion in Nobitz bei Karlsbad aufgehalten, wo er mit neun Altersgenossen unter Aufsicht eines Geistlichen in einer Scheuer untergebracht war. Vor etwa acht Tagen war die Rückkehr nach Brüx erfolgt, bald darauf begann der Junge zu klagen, daß er sich nicht wohl fühle, am Donnerstag trat Fieber ein, das rasch auf 40 Grad anstieg, am Freitag kam er ins Spital, das sofort die bakteriologische Untersuchung des Falles einleitete. Sie führte zu dem gemeldeten Ergebnis. Man vermutet, daß sich der Junge, dessen Befinden sehr ernst, jedoch nicht hoffnungslos ist, die Infektion auf dem Ferienaufenthalt in Nobitzort zugezogen hat. Die übrigen Teilnehmer der Ferienaktion befinden sich derzeit alle unter strenger ärztlicher Beobachtung. — In Brüx wurden die letzten beiden Fälle von Genickstarre vor etwa 15 Jahren verzeichnet. Einer von ihnen nahm damals einen tödlichen Ausgang.

Zwei Selbstmordversuche. Der 63 Jahre alte Händler Karl Müller aus Reischdorf schoß sich aus einem Trommelrevolver in die rechte Schläfe. Das Projektil blieb im Kopfe stecken und der Mann wurde in hoffnungslosem Zustande in das Komotauer Krankenhaus eingeliefert. Als Motiv zur Tat gibt man langwierige Krankheit und fortwährende Arbeitslosigkeit an. — Die 21 Jahre alte Wlaska Archa aus Kácov bei Prag besuchte ihren Verehrer in Raaden. Dabei blühte es zu Auseinandersetzungen und wahrscheinlich zu einer Lösung des Verhältnisses gekommen sein. Das junge Mädchen nahm sich den Zwischenfall so zu Herzen, daß es sich auf der Station Raaden-Brüxerndorf vor einen einfahrenden Motorzug warf. Sie wurde zur Seite geschleudert und blieb mit schweren Kopfverletzungen und einer Gehirnerschütterung bewußlos liegen. Auch sie befindet sich im Komotauer Krankenhaus. Ihr Zustand ist ernst.

## Am laufenden Band

Moskau. (Savab.) Das Blatt „Lenin-gradskaja Prawda“ berichtet, daß das Tribunal des Leningrader Bezirksgerichtes am 22. August eine weitere Gruppe von neun Mitgliedern einer „fontterrevolutionären trotzkistischen Organisation“ zum Tode verurteilt habe. Die Verurteilten wurden sofort nach der Urteilverkündung erschossen. Die Verurteilten waren einer Reihe von Verbrechen, z. B. der Vergiftung von Arbeitern und der Durchführung von Angriffen mit Explosivstoffen beschuldigt.

## Weitere 50 Millionen Pfund für die britische Flotte

London. Die Kredite der britischen Regierung für das neue Flottenbauprogramm betragen 50 Millionen Pfund Sterling. Die Regierung wird das Parlament ersuchen, dieses Erfordernis gleich zu Beginn der Herbstsession zu genehmigen. Der Flottensachverständige des „P. u. L.“ erklärt, daß dieser Kredit zum Bau nachstehender Flotteneinheiten verwendet werden soll: 4 Kreuzer, von denen jeder 7.500.000 Pfund Sterling kosten wird, 6 U-Boote zu je 300.000 Pfund und 18 Torpedobootzerstörer gleichfalls zu je 300.000 Pfund. Außerdem sollen für die britische Flotte 200 neue Flugzeuge angekauft werden, sowie einige Torpedoböte mit Motorantrieb, welche von den britischen Flottensachverständigen besonders empfohlen werden.

## Gehemnisvolles Flugzeug über der Dobrukscha

Bukarest. Wie die „Diminea“ aus Constantza aus privater Quelle meldet, wurde an der rumänisch-bulgarischen Grenze ein ausländisches Flugzeug zum Niedergehen gezwungen, das in den lechtbergischen Tälern an der rumänisch-bulgarischen Landesgrenze und auch an der benachbarten rumänischen Schwarzsee-Reer-Nähe wiederholt gesichtet wurde, wobei auch beobachtet worden sein soll, daß aus dem Flugzeug photographische Apparate vorgefunden worden seien. Das Flugzeug, das eine schweizerische Patenteure führen soll, hatte eine zweiflügelige Besatzung. Der Pilot heißt nach dieser Meldung Francois Andre Savy, der Beobachter Peteroff. Die Wafis für die Flüge dieses Flugzeuges soll Barona sein. Flugzeug und Besatzung wurden von der rumänischen Grenzbehörde unter Bewachung gestellt. Eine amtliche Mitteilung über diesen Vorfall wurde bisher nicht ausgegeben.

## Generalstreik in Dünkirchen angekündigt

Paris. Für den 28. August ist in Dünkerque der Generalstreik verkündet worden. Der Hafenverkehr wird eingestellt und die Arbeiterschaft veranstaltet eine öffentliche Demonstration zum Protest dagegen, daß die Forderungen der Arbeiterschaft in den nordfranzösischen, besonders aber im Hafen von Dünkerque, nicht erfüllt wurden und zur Besserung der materiellen Lage der Arbeiter nichts unternommen wurde. Durch diesen Streik soll die breite Öffentlichkeit auf die schwierige Situation in den nordfranzösischen Häfen aufmerksam gemacht werden, welche durch den Wettbewerb der belgischen Häfen, namentlich aber des Antwerpener Hafens, hervorgerufen wurden. Schon seit einigen Monaten werden Verhandlungen zwischen Brüssel und Paris über die neue Verteilung des Seeverkehrs für Elsaß und Lothringen zwischen den Häfen Dünkerque, Antwerpen und Gent geführt.

## General Faupel demissioniert

Berlin. Die Demission des Generals Faupel, des deutschen Botschafters bei der Regierung des Generals Franco in Spanien, hat in Berlin Verwunderung hervorgerufen, obwohl nach glaubwürdigen Berichten bestimmter Führer deutscher Persönlichkeiten vorausgesetzt wird, daß die Sache der Valencia-Regierung bereits als verloren angesehen werden muß. Aus diesem Grunde soll Reichsanwalt Hitler entschieden haben, daß General Faupel in nächster Zeit durch einen Berzowski abgelöst wird.

## Neues Attentat auf Salazar?

Lissabon. (Reuter.) Soeben wird gemeldet, daß auf Ministerpräsident Salazar ein neues Attentat geplant war. Der Vorversuch war bereits auf den 1. August festgesetzt, doch entdeckte die Polizei die Vorbereitungen. Nach dem Mißerfolg des Attentates am 1. August, wo Salazar nicht einmal verletzt wurde, planten die Verschwörer in den Wagen Salazars einfach eine gewöhnliche Bombe zu werfen.

Zwei Selbstmordversuche. Der 63 Jahre alte Händler Karl Müller aus Reischdorf schoß sich aus einem Trommelrevolver in die rechte Schläfe. Das Projektil blieb im Kopfe stecken und der Mann wurde in hoffnungslosem Zustande in das Komotauer Krankenhaus eingeliefert. Als Motiv zur Tat gibt man langwierige Krankheit und fortwährende Arbeitslosigkeit an. — Die 21 Jahre alte Wlaska Archa aus Kácov bei Prag besuchte ihren Verehrer in Raaden. Dabei blühte es zu Auseinandersetzungen und wahrscheinlich zu einer Lösung des Verhältnisses gekommen sein. Das junge Mädchen nahm sich den Zwischenfall so zu Herzen, daß es sich auf der Station Raaden-Brüxerndorf vor einen einfahrenden Motorzug warf. Sie wurde zur Seite geschleudert und blieb mit schweren Kopfverletzungen und einer Gehirnerschütterung bewußlos liegen. Auch sie befindet sich im Komotauer Krankenhaus. Ihr Zustand ist ernst.

## Schwere Gefechte südlich Tientsin

Tientsin. Das japanische Hauptquartier meldet, daß die japanischen Truppen nach einem langen Marsch bei heftigem Regen am Dienstag nachmittags in einer Entfernung von 18 Kilometer von Tientsin auf eine chinesische Kolonne stießen, die sich auf dem Marsch nach Norden befand. Es kam zu einem schweren Gefecht, bei dem die Japaner bemüht waren, durch Gegenangriffe den Vormarsch der Chinesen zum Stehen zu bringen.

## Englands Besorgnisse wachsen

London. Die Landung neuer japanischer Truppen in der internationalen Niederlassung von Shanghai hat die britischen Besorgnisse hinsichtlich des Fernen Ostens beträchtlich verstärkt, wenn auch während des gestrigen neuerlichen Bombardements kein britischer Untertan das Leben verloren hat und White Hall die Nachricht verbreiten läßt, daß an eine Eskalierung der britischen Staatsangehörigen aus der internationalen Niederlassung nicht gedacht werde, so darf dem doch nurmehr taktische Bedeutung beigemessen werden. Leben und Interessen der Engländer sind in Shanghai auf's Höchste bedroht, und der bisher schon angerichtete Schaden in Shanghai selbst wird auf mindestens 10 Mil-

## Am laufenden Band

Moskau. (Savab.) Das Blatt „Lenin-gradskaja Prawda“ berichtet, daß das Tribunal des Leningrader Bezirksgerichtes am 22. August eine weitere Gruppe von neun Mitgliedern einer „fontterrevolutionären trotzkistischen Organisation“ zum Tode verurteilt habe. Die Verurteilten wurden sofort nach der Urteilverkündung erschossen. Die Verurteilten waren einer Reihe von Verbrechen, z. B. der Vergiftung von Arbeitern und der Durchführung von Angriffen mit Explosivstoffen beschuldigt.

## Weitere 50 Millionen Pfund für die britische Flotte

London. Die Kredite der britischen Regierung für das neue Flottenbauprogramm betragen 50 Millionen Pfund Sterling. Die Regierung wird das Parlament ersuchen, dieses Erfordernis gleich zu Beginn der Herbstsession zu genehmigen. Der Flottensachverständige des „P. u. L.“ erklärt, daß dieser Kredit zum Bau nachstehender Flotteneinheiten verwendet werden soll: 4 Kreuzer, von denen jeder 7.500.000 Pfund Sterling kosten wird, 6 U-Boote zu je 300.000 Pfund und 18 Torpedobootzerstörer gleichfalls zu je 300.000 Pfund. Außerdem sollen für die britische Flotte 200 neue Flugzeuge angekauft werden, sowie einige Torpedoböte mit Motorantrieb, welche von den britischen Flottensachverständigen besonders empfohlen werden.

## Gehemnisvolles Flugzeug über der Dobrukscha

Bukarest. Wie die „Diminea“ aus Constantza aus privater Quelle meldet, wurde an der rumänisch-bulgarischen Grenze ein ausländisches Flugzeug zum Niedergehen gezwungen, das in den lechtbergischen Tälern an der rumänisch-bulgarischen Landesgrenze und auch an der benachbarten rumänischen Schwarzsee-Reer-Nähe wiederholt gesichtet wurde, wobei auch beobachtet worden sein soll, daß aus dem Flugzeug photographische Apparate vorgefunden worden seien. Das Flugzeug, das eine schweizerische Patenteure führen soll, hatte eine zweiflügelige Besatzung. Der Pilot heißt nach dieser Meldung Francois Andre Savy, der Beobachter Peteroff. Die Wafis für die Flüge dieses Flugzeuges soll Barona sein. Flugzeug und Besatzung wurden von der rumänischen Grenzbehörde unter Bewachung gestellt. Eine amtliche Mitteilung über diesen Vorfall wurde bisher nicht ausgegeben.

## Generalstreik in Dünkirchen angekündigt

Paris. Für den 28. August ist in Dünkerque der Generalstreik verkündet worden. Der Hafenverkehr wird eingestellt und die Arbeiterschaft veranstaltet eine öffentliche Demonstration zum Protest dagegen, daß die Forderungen der Arbeiterschaft in den nordfranzösischen, besonders aber im Hafen von Dünkerque, nicht erfüllt wurden und zur Besserung der materiellen Lage der Arbeiter nichts unternommen wurde. Durch diesen Streik soll die breite Öffentlichkeit auf die schwierige Situation in den nordfranzösischen Häfen aufmerksam gemacht werden, welche durch den Wettbewerb der belgischen Häfen, namentlich aber des Antwerpener Hafens, hervorgerufen wurden. Schon seit einigen Monaten werden Verhandlungen zwischen Brüssel und Paris über die neue Verteilung des Seeverkehrs für Elsaß und Lothringen zwischen den Häfen Dünkerque, Antwerpen und Gent geführt.

## General Faupel demissioniert

Berlin. Die Demission des Generals Faupel, des deutschen Botschafters bei der Regierung des Generals Franco in Spanien, hat in Berlin Verwunderung hervorgerufen, obwohl nach glaubwürdigen Berichten bestimmter Führer deutscher Persönlichkeiten vorausgesetzt wird, daß die Sache der Valencia-Regierung bereits als verloren angesehen werden muß. Aus diesem Grunde soll Reichsanwalt Hitler entschieden haben, daß General Faupel in nächster Zeit durch einen Berzowski abgelöst wird.

## Neues Attentat auf Salazar?

Lissabon. (Reuter.) Soeben wird gemeldet, daß auf Ministerpräsident Salazar ein neues Attentat geplant war. Der Vorversuch war bereits auf den 1. August festgesetzt, doch entdeckte die Polizei die Vorbereitungen. Nach dem Mißerfolg des Attentates am 1. August, wo Salazar nicht einmal verletzt wurde, planten die Verschwörer in den Wagen Salazars einfach eine gewöhnliche Bombe zu werfen.



# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Weitere Steigerung der Produktion

### Bericht der Nationalbank

Der Bankrat der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt am 24. d. M. seine ordentliche Monatsversammlung unter Vorsitz des Gouverneurs M. Dr. Karl Engliš ab. Dem vorgebrachten Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:

In der internationalen politischen Lage stellte sich zu den Komplikationen der Spanierkämpfe der scharfe Militärkonflikt in Nordchina, der zur Steigerung der allgemeinen Spannung führt.

Im Wirtschaftsleben hält die hohe Aktivität an, obwohl sonst die Entwicklung der Weltpreise im verflochtenen Monat eher zur Abschwächung neigte. In der Tschechoslowakei erfährt die Produktionsleistung der hauptsächlichsten Wirtschaftsfaktoren eine weitere Ausbreitung und Steigerung.

Die Preise erfuhr im ganzen im Einklang mit den Schwankungen der internationalen Märkte und auch unter dem Einfluss von Saisongründen eine mäßige Abschwächung.

#### Die Getreideernte

Ist zum Großteil beendet. Die Ergebnisse des ersten Drusches, der in einigen Gegenden bereits beträchtlich fortgeschritten, sind so verschieden, daß die Größe der Durchschnittsernte noch nicht verlässlich abgeschätzt werden kann. Der Stand der Getreidefrüchte ist günstig, die Pflanzenernte quantitativ und qualitativ zufriedenstellend, die Obst- und Gemüseernte im ganzen.

Die Grundproduktion des Berg- und Hüttenwesens sowie der Industrie arbeitet sehr intensiv an Aufträgen aus dem In- und Auslande.

Auf einigen wichtigen Gebieten wurde das höchste Produktionsvolumen erzielt,

das je in unserer Wirtschaft verzeichnet worden ist. Nicht nur die Menge der Produktion, sondern auch die Qualität der Produktion weisen hohe Beschäftigung, insbesondere für das Ausland, auf. Die Arbeitslosigkeit sank unter eine Viertel-Million, was weniger als die Hälfte des Vorjahresstandes bedeutet. Die Löhne beginnen auf den Konjunkturstand zu reagieren. Der Bauarbeiterstreik, der inzwischen bereits liquidiert wurde, unterbrach zeitweilig die Bautätigkeit in Groß-Prag.

Der Handelsverkehr mit dem Auslande ist aktiv und lebhaft und überträgt bedeutend das Vorjahresniveau. Gegenüber den letzten Monaten erfuhr er jedoch in Übereinstimmung mit der Preisentwicklung der Auslandsmärkte eine Abschwächung. Ein ständig größerer Anteil der Ausfuhr richtet sich nach den freien Ländern. Auch der Fremdenbesuch belebte sich auffallend.

Die tschechoslowakische Währung notierte im Auslande wie bisher unverändert ruhig und stetig.

Ebenfalls einstimmig schloß sich der Kongress den im Bericht von Fuß gemachten Vorschlägen betr. Vereinfachung der Beiträge und die Vereinfachung der Unterstützungen an.

Sobald die Regierung in dieser Sache einen Entschluß herausgibt, wird die Exekutive des Gewerkschaftsbundes zusammentreten und eventuell einen neuen Kongress einberufen.

Tschechoslowakei fährt weiter auf dem englischen Handelsmarkt. Im Juli ist Englands Einfuhr von Lederhandschuhen saisonmäßig auf 77.259 (i. V. 54.389) Dugend Paar für 114.551 (82.812) Pfund gestiegen, gegen 52.102 Dugend Paar für 77.922 Pfund im Juni. Die Tschechoslowakei hat gegen Italien, das im zweiten Quartal, fast im Vorbringen gewesen war und im April die Führung an sich

gerissen hat, im Juni aber wieder den ersten Platz der Tschechoslowakei abtreten mußte, das Feld behaupten können. Ihr Anteil erreichte 30.974 (i. V. 32.064) Dugend Paar für 53.462 (51.069) Pfund, gegen 20.102 Dugend Paar für 34.621 Pfund im Juni. Trotz dieser Steigerung ist jedoch bemerkenswert, daß die Lieferungen der Tschechoslowakei erstmals unter dem Vorjahresniveau blieben, was auf den Streit zurückzuführen sein dürfte. Italien liegt jedoch weiter stärker hinter der Tschechoslowakei zurück; die englischen Bezüge an italienischen Handschuhen erhöhten sich im Juli auf 18.078 (im Juni: 13.240) Dugend Paar für 20.887 (15.138) Pfund.

Arbeitermangel in den nordfranzösischen Kohlengruben. Trotz der Aufforderung der Gewerkschaftsorganisation der Bergarbeiter an die Bergleute, sich zur Arbeit in den Grubenunternehmungen des nordfranzösischen Kohlenbeckens zu melden, besteht in diesem Gebiet ständig Mangel an Arbeitskräften. Die Zeitschrift des Bergarbeiterverbandes schreibt: „Trotz dem dringenden Erfordernis, die französische Kohlenproduktion zu erhöhen, wird die Regierung wahrscheinlich gezwungen sein, einen Aufruf an die ausländischen Arbeiter zu richten.“

## Ausland

### Die Vorbereitungsperiode im chinesisch-japanischen Krieg

(Ru) Die Operationen sowohl auf dem Hauptkriegsschauplatz in Nordchina als auch in Shanghai befinden sich im Stadium der Vorbereitung. Auf der Linie Peiping-Kalgan finden jedenfalls nur Vorhutgefechte statt. Der japanische Vormarsch ist hier vorläufig sehr langsam. Es handelt sich um ein schwieriges Gebirgsgebiet, wo die motorisierten japanischen Truppen schwere Widerstände zu überwinden haben. Auch scheinen hier vorläufig die Chinesen ein numerisches Übergewicht zu haben. Das japanische Hauptquartier konzentriert die Hauptmasse der Streitkräfte in Nordchina, nördlich vom Mittellauf des Gelben Flusses. Damit wird die Umfassung des linken Flügels der japanischen Armee zu erreichen versucht. Das strategische Ziel der Japaner ist vorläufig die Erreichung der Linie Suifu-Dolsnor, aber die Konzentration der chinesischen Truppen in der Provinz Shansi könnte diese Bewegung außerordentlich gefährden. Man muß also in der aller nächsten Zeit Nebenoperationen der Japaner längs der Eisenbahnlinie Peiping-Ping-jang erwarten.

Die japanische Operation bei Shanghai erfolgt abgesehen von politischen Absichten, das strategische Ziel der Abien-



Madame Carroll und Baroness Power in „Trafalgar“.

zung der chinesischen Truppen vom Haupttheater. Auch in Shanghai handelt es sich vorläufig um Vorhut- und Erkundungsgefechte. Diese Gefechte finden ungefähr auf denselben Positionen statt, wie im Jahre 1932. Damals haben die Japaner nach einem sieben-tägigen schweren Kampf die chinesische Armee durch die Umfassung des linken Flügels zum Rückzug gezwungen. Gegenwärtig haben die Chinesen auf ihrem linken Flügel schwere Artillerie aufgebaut, so daß die Umfassung hier kaum möglich sein wird, um so mehr als sich gerade hier ein dichtes Netz von Kanälen und Wassergräben befindet, das die Vertreibung wesentlich erleichtert.

#### Braun-Ariet und Notaryer

Berlin. (Havas.) Reichsleiter Walter Buch, der oberste Parteiführer der Nationalsozialistischen Partei, erläutert im „Völkischen Beobachter“ die Motive der Reichsregierung zur Erlassung einer Verordnung, durch die den Mitgliedern der Partei beginnend vom 31. Dezember 1937, die Zugehörigkeit zum „Rotary-Club“ verboten wurde. In der Einleitung verweist Buch auf den amerikanischen Ursprung des Rotary-Clubs und sagt, daß sich gewisse Statutenbestimmungen den Ideen der nationalsozialistischen Partei nähern, andere ihr jedoch vollständig fremd sind. Insbesondere mißbilligt die Judenfrage bei den Rotaryern nicht in den Antisemitismus. Nach dem Siege Hitler waren die Rotaryer bestrebt, sich dem neuen Geiste anzugleichen und der nationalsozialistischen Regierung zu dienen. Im Anfang spielte hierbei die Frage des Freimaurertums bei der Beurteilung des Rotary-Klubs eine Rolle, wenn auch keine innere Beziehung zwischen den Logen und dem Rotary-Klub nachgewiesen werden konnte. Den Grund für die genannte Verordnung der nationalsozialistischen Partei bildet nach Buch das Bestreben, die Einmischung der Freimaurer in Organisationen von der Art des Rotary-Klubs auszuschließen, wo sie an dem Vereinsleben der Funktionäre der Regierung und der Armee teilnehmen könnten. Nur durch dieses vom Reichsinnenminister erlassene Verbot der Teilnahme von Parteifunktionären am Rotary-Klub kann der Schädigung der Interessen des deutschen Volkes vorgebeugt werden.

#### Gegen die Dänen

Nach einer Meldung der „Times“ hat das deutsche Propaganda-Ministerium die Verbreitung der deutschen Beilage des „Flenborg Avis“, welche die Bezeichnung „Der Schleswiger“ führt, in Deutschland verboten. Als Grund wurde angegeben, daß die deutsche Minderheit in Schleswig kein deutschsprachiges dänisches Volk brauche, andererseits gäbe zwei Artikel Christiansens, welche Kritik an reichsdeutscher Eintrachtungen übten, Anlaß zu dieser Einstellung.

#### Garakti statt Fallschirm

Die japanischen Zeitungen verbreiten sich über die schweren Bedingungen der japanischen Flieger, welche statt Fallschirme einen Dolch erhalten, um im Falle einer erzwungenen Landung Garakti zu verleben, nachdem sie vorher das Flugzeug und die Dokumente vernichtet haben müssen. Diese Bedingungen, so schreiben die Zeitungen, sind sehr schwer und verurteilen dem japanischen Flugwesen sozusagen Verluste eines Drittels der Flugzeugstreitkräfte beim ersten Fliegerangriff auf die chinesischen Flugplätze.

Berlin. (Havas.) Der britische Vorkämpfer in Berlin, Neville Chamberlain, reist am 10. September nach Nürnberg, wo er an dem Kongress des BDAW teilnehmen wird.

Moskau. Der Ghabas-Berichterstatter meldet, daß die Plenarversammlung der Sowjets des Roten Gebietes ihren Vorsitzenden P. I. Kato seines Amtes entsetzt hat. Es wird ihm politische Unfähigkeit, ungenügenden Kontakt mit den breiten Bevölkerungsschichten und Umgehung der Staatsoberleitung vorgeworfen.

### Zur Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung in Belgien

Am 22. November 1936 hielt der Belgische Gewerkschaftsbund einen außerordentlichen Kongress zur Besprechung der Frage der Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung ab. Da fast gleichzeitig S. Fuß, der Sachmann des Internationalen Arbeitsamtes, eingeladen worden war, als königlicher Kommissar im Hinblick auf die von der belgischen Regierung in Aussicht gestellte Einführung dieses Versicherungstages einen Bericht auszuarbeiten, war die besagte Tagung wichtig für die Festlegung und Geltendmachung der Stellungnahme der Gewerkschaften.

Der Bericht von S. Fuß ist inzwischen der Öffentlichkeit zugänglich. Die belgischen Gewerkschaften haben deshalb am 8. August einen neuen Kongress abgehalten, um diesen Bericht zu besprechen und ihre endgültige Meinung bekanntzugeben.

Obwohl sich schon die Tagung vom November vergangenen Jahres mit 829 gegen 188 Stimmen gegen die staatliche Verwaltung, d. h. insbesondere gegen den direkten Abzug des Beitrages vom Lohn ausgesprochen hatte, hielt Fuß in seinem Bericht und seinen Darlegungen auf dem Kongress an der Ansicht des direkten Abzuges vom Lohn fest, da sonst die Einführung eines zeidungslos arbeitenden Systems unmöglich sei. Diese Meinung — die am 22. November auch vom offiziellen Berichterstatter Deslaempin unterstützt wurde — fand neuerdings ihre Befürworter. So sprachen sich hauptsächlich Vertreter der großen Verbände der Bergarbeiter und Metallarbeiter dafür aus. Keutvel (Sekretär des Metallarbeiterverbandes) sagte in diesem Zusammenhang u. a.: „Alle Argumente gegen den Abzug vom Lohn sind von der Furcht vor dem Mitgliederverlust diktiert. Man darf jedoch vor diesen Argumenten nicht Halt machen, wenn man nicht die Realisierung einer obligatorischen Versicherung verwirklichen will.“

In der Abstimmung wurde das Prinzip des Abzuges vom Lohn wiederum verworfen, und zwar mit 262 gegen 220 Stimmen. (Auch die Bergarbeiter stimmten dagegen, weil sie ihre Verantwortung von der gleichzeitigen Schaffung einer einzigen offiziellen Arbeitslosenkasse abhängig gemacht hatten und die Schaffung einer solchen Kasse mit allen gegen 80 Stimmen abgelehnt worden war.)

Um den Einfluß der Gewerkschaften stärker zu stellen und zu festigen, sowie um einen für alle Beteiligten tragbaren und annehmbaren Kompromiß herbeizuführen, hat Fuß in seinem Bericht den Vorschlag gemacht, daß die Gewerkschaften, d. h. ihre Ämter, auf alle Fälle für die Auszahlung der Unterstützungen an die Vollerwerbstätigen in Betracht kommen (während die Unternehmer die Auszahlung an die Hilfsarbeiter übernehmen sollen). Der Kongress sprach sich mit allen gegen eine Stimme für die Auszahlung aller Unterstützungen, auch jener der Hilfsarbeiter, durch die Ämter der Gewerkschaften aus.

Da der Bericht von Fuß gewisse Berufskategorien von der Unterstützung ausschließen will, sprach sich der Kongress noch einmal einstimmig für die obligatorische Versicherung für alle aus, die vom Produkt ihrer Arbeit leben, sei es im Handel, der Industrie, der Landwirtschaft, den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen etc. (Schon im November hatten sich die Beamten aus Solidaritätsgründen für die Bezahlung der Beiträge ausgesprochen).

Um den Arbeitern einen möglichst ausgedehnten Versicherungsanspruch zu gewähren, stimmte der Kongress mit allen gegen 8 Stimmen dem Prinzip zu, daß auch die verheirateten Arbeitslosen Beiträge zahlen. Es sollen per Jahr zwei statutarische Versicherungsperioden von je 60 Tagen gewährt werden.

## Die Entwicklung des Fremdenbesuches in sudetendeutschen Kurorten seit 1930

Die Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes veröffentlichten eine interessante Rekapitulation der Fremdenverkehrsstatistiken in den Jahren 1930 bis 1936, die die bedeutenden Veränderungen erkennen läßt, die sich auf diesem Gebiete in diesem Zeitraum vollzogen haben. Das verlässliche Vergleichsmaterial bieten natürlich die gewissenschaftlich geführten Aufzeichnungen der Kurorte, von denen die meisten ja gleichzeitig auch bedeutende Knotenpunkte des Touristenverkehrs sind.

#### Der Einfluß der Krisenjahre

äußert sich begreiflicherweise in einem allgemeinen Sinken der Besucherzahl, die namentlich von den ausländischen Kurgästen und Touristen betrifft, schon im Jahre 1932 geradezu katastrophale Formen annimmt. So sinkt die Zahl der ausländischen Kurgäste in den westböhmisches Bädern gegenüber 1930 um fünfzig bis sechzig Prozent. (Karlsbad von 46.880 auf 28.899; Marienbad von 34.587 auf 17.089; Franzensbad von 7943 auf 3275). Noch weit schlimmer ist die Entwicklung bezüglich der ausländischen Touristen. So sinkt die Zahl der ausländischen Touristen in Karlsbad von 20.000, 1932: 6192) und bei Franzensbad um etwa 62 Prozent (von 18.900 auf 5998). Eine analoge Entwicklung zeigen auch Teplice-Schönbau, Johannisbad, Joachimsthal und Gräfenberg.

Auch die Zahl der inländischen Besucher zeigt zwar mit dem Einsetzen der Krise ein Nachlassen, das sich aber nur in sehr bescheidenen Grenzen hält, ja selbst noch bei wachsender Preissteigerung einer kräftigen Aufwärtsbewegung Platz macht. Demgegenüber erholt sich die ausländische Besucherzahl in den folgenden Jahren von ihrem Tiefpunkt entweder gar nicht, oder nur sehr wenig. Im Jahre 1936 hat Karlsbad immer noch um 24.218 ausländische Kurgäste weniger als 1930 und auch die Zahl der ausländischen Touristen ist nur unbedeutend gestiegen. Marienbad hat 1936 gegenüber 1930 um 16.682 fremde Kurgäste weniger (minus 50 Prozent) und noch wie vor nur den dritten Teil der Touristen jenes Jahres zu verzeichnen (6788 gegen 20.000). Franzensbad hat einen Ausfall an ausländischen Kurgästen von mehr als 65 Prozent (2728 gegen 7934), während die Zahl der Auslands-touristen gar von 18.900 auf 2087 sinkt. Hier machen sich

die Folgen der außenpolitischen Entwicklung bemerkbar, die Finanz- und Devisenpolitik des Dritten Reiches, die einer Grenzsperrung gleichkommt, die weitgehende Unterbindung der Auslandsreisen für die Bewohner des Dritten Reiches.

Diese Passivposten der Fremdenverkehrs-bilanz werden zum Teil wieder aufgewogen durch den steigenden Inländerbesuch, der sich freilich weniger auf Kurgäste, als auf vorübergehende Besucher erstreckt. Die Kurfrequenz durch Inländer bleibt im allgemeinen gegenüber dem Jahre 1930 stabil, dagegen steigt die Zahl der Inlandstouristen ganz bedeutend. So in Karlsbad von 20.808 im Jahre 1930 auf 28.018 für 1936, in Marienbad gar um mehr als hundert Prozent von 5000 auf 10.509, nur Franzensbad zeigt auch in dieser Sparte einen Abgang. Eine auffallend starke Einbuße seines inländischen Touristenverkehrs verzeichnet Teplice-Schönbau (27.128 gegen 50.299), während Gräfenberg in den letzten sieben Jahren als Touristenort ein einzigartiges Aufblühen aufzuweisen hat, der sich 1936 gegenüber 1930 mehr als verdreifacht (von 1244 auf 10.948). Daß es sich dabei um ein organisches und gesundes Wachstum handelt, beweist der durch ganze sieben Jahre anhaltende gleichmäßige Anstieg. In Johannisbad und Joachimsthal bleibt die Zahl der Inlandstouristen im wesentlichen unverändert, mit einer leichten Neigung zum Anstieg. In die Waagschale fällt für die Beurteilung

#### Der teilweise tiefgreifenden Veränderungen im Gesamtbilde unseres Touristenverkehrs,

der durch eine ganze Reihe von Momenten bestimmt wird, insbesondere auch durch Schaffung neuer Richtungen und Wege des Touristenstromes, die steigende Beliebtheit mancher Gebiete der Slowakei und Karpatenrands, denen sich die inländische Touristik in erhöhtem Maße zugewenden beginnt. Zu den bevorzugtesten Touristenorten gehört z. B. Alt-Schmieds und Zlatá-Lomnits, von denen das letztere seine Besucherzahl verdreifachen, das letztere verdoppeln konnte. Auf der anderen Seite hat z. B. Schönbau-Plejs sehr an Beliebtheit eingebüßt und verzeichnet 1936 nur etwa 55 Prozent seiner inländischen Besucher gegenüber dem Jahre 1930.

